

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
A. Grundüberlegungen zur Reichweite des Datenschutzes im unionsrechtlichen Leistungssystem	15
B. Gang der Untersuchung	28
C. Das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem	29
I. Das InVeKoS als Bestandteil der Gemeinsamen Agrarpolitik	29
1. Grundriss der Gemeinsame Agrarpolitik	29
2. Das InVeKoS als Verwaltungsinstrument innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik	31
II. Darstellung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS)	34
1. Vorgaben des Unionsrechts zum InVeKoS	34
a) Einrichtung einer elektronischen Datenbank	35
b) System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen	35
c) System zur Identifizierung und Registrierung von Zahlungsansprüchen	37
d) System einheitlicher Beihilfeanträge	38
e) Das Integrierte Kontrollsystem	38
f) System zur Erfassung von Betriebsinhabern	40
2. Vorgaben des deutschen Rechts zum InVeKoS	40
a) Bundesrecht	40
aa) Das InVeKoSDG	40
bb) Die InVeKoSV	41
b) Landesrecht	42
3. Weitere Regelungen mit datenrechtlichem Bezug auf das InVeKoS	43
a) Anwendung des InVeKoS im Rahmen der Transparenz-Initiative	43
b) Anwendung des InVeKoS in Bezug auf anderweitige Verpflichtungen	45
III. Praxis des InVeKoS	46
1. Die Durchführung des InVeKoS	46

2. Der Ablauf des Kontrollverfahrens im InVeKoS	48
IV. Fazit	49
D. Die Reichweite des Datenschutzes im unionsrechtlichen Leistungssystem	51
I. Vorgelagerte Überlegungen zum Verhältnis zwischen Datenschutz und den Interessen der Europäischen Union	52
1. Herleitung des Grundrechts auf Schutz personenbezogener Daten	52
a) Schutz personenbezogener Daten in Deutschland	52
b) Schutz personenbezogener Daten auf Unionsebene	53
2. Anzuwendender Grundrechtsmaßstab	54
a) Unionsgrundrechtsbindung der Mitgliedstaaten	54
b) Die Rechtsprechung des EuGH zur Berücksichtigung des Unionsgrundrechtes auf Datenschutz durch die Mitgliedstaaten	56
c) Probleme der Anwendung des korrekten Grundrechtsmaßstabs	59
II. Bedingungen der Reichweite des Datenschutzes im unionsrechtlichen Leistungssystem	62
1. Der Schutzzumfang des Unionsgrundrechts auf Datenschutz	62
a) Das personenbezogene Datum als Auslöser der Schutzfunktion	62
aa) Informationen aller Art	63
bb) Der Personenbezug	63
cc) Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse	66
dd) Relevanz der Informationssphäre	67
b) Spektrum der personenbezogenen Daten am Beispiel InVeKoS	68
aa) Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse	69
(1) Daten über persönliche Verhältnisse	69
(2) Daten über sachliche Verhältnisse	69
(a) Daten über Rechtsverhältnisse	69
(aa) Daten über schuldrechtliche Verhältnisse	70
(bb) Daten über sachenrechtliche Verhältnisse	70
(cc) Daten über gesellschaftsrechtliche Verhältnisse	71
(b) Daten über Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse	72
(c) Daten über die Verhältnisse zur Umwelt	73

(d) Zwischenergebnis	75
bb) Weitere Verarbeitungsmöglichkeiten	75
c) Konsequenz für die unionsrechtliche Leistungsgewährung	76
2. Eingriff und Rechtfertigung	77
a) Vorüberlegungen zu den Umgangsmöglichkeiten mit personenbezogenen Informationen	77
aa) Der Grundbegriff der Verarbeitung als Eingriff in das Unionsgrundrecht	77
bb) Die Verarbeitung von Informationen im Rahmen der Leistungsgewährung am Beispiel des InVeKoS	78
b) Verarbeitungskonstellationen und deren Rechtfertigung	79
aa) Der Zufluss personenbezogener Informationen	79
bb) Verarbeitung im Rahmen der Durchführung und Kontrolle der Leistungsgewährung	81
(1) Der Umgang mit personenbezogenen Informationen in der geteilten Mittelverwaltung am Beispiel des InVeKoS	81
(2) Rechtfertigung	82
(a) Rechtfertigungsbedürftigkeit nach der EuGH- Entscheidung „Österreichischer Rundfunk“	83
(b) Gesetzliche Grundlage als Verarbeitungsvoraussetzung	84
(aa) Das Bestimmtheitserfordernis als Eingriffsvoraussetzung	85
(bb) Die Regelungssystematik in der geteilten Mittelverwaltung am Beispiel des InVeKoS	90
(cc) Die datenschutzrechtliche Konfliktsituation der geteilten Mittelverwaltung	93
(c) Die Verhältnismäßigkeit der Datenverarbeitung im Rahmen der unionsrechtlichen Leistungsgewährung	95
(aa) Grundüberlegungen zur Verhältnismäßigkeit	95
(bb) Das verfolgte Ziel und die Geeignetheit und Erforderlichkeit der einschränkenden Maßnahmen im Datenschutz	100
(cc) Die Angemessenheit der Datenverarbeitung	102
(3) Fazit	106

cc) Besondere Formen interadministrativer	
Datenverarbeitung	106
(1) Die Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen und die Mitteilungspflichten der Mitgliedstaaten gegenüber der Union	108
(2) Die Eingriffsqualität der besonderen Formen interadministrativer Verarbeitung	109
(3) Verhältnismäßigkeit der Datenverarbeitung	113
(a) Ziele der besonderen interadministrativen Datenverarbeitung	113
(b) Geeignetheit und Erforderlichkeit der besonderen Formen der interadministrativen Verarbeitung	115
(c) Die Angemessenheit interadministrativer Verarbeitungsvorgänge	118
(4) Fazit	119
dd) Offenlegung	120
(1) Grundlagenscheidung „Schecke und Eifert“ des EuGH	120
(2) Die Eingriffsqualität der Offenlegung personenbezogener Daten	121
(3) Die Verhältnismäßigkeit im Bereich der Transparenzinitiative	123
(a) Verfolgen eines legitimen Zieles	123
(b) Eignung und Erforderlichkeit der Veröffentlichungen	125
(c) Angemessenheit der Offenlegung	131
(4) Fazit	133
c) Der Gebrauch der Einwilligung in der Leistungsgewährung	134
aa) Anforderungen an die Einwilligung	135
(1) Das tatsächliche Vorliegen einer Willensbekundung	136
(2) Die Kenntnis der Sachlage im konkreten Fall	136
(3) Willensbekundung ohne Zwang	137
bb) Anwendung der Einwilligung im InVeKoS	139
(1) Die Einwilligung in den Beihilfeanträgen der Bundesländer	139
(a) Gemeinsamer Antrag Baden-Württemberg und Bayern	140
(b) Sammelantrag Nordrhein-Westfalen	141
(c) Sammelantrag Niedersachsen	141
(d) Sammelantrag Brandenburg	142

(e) Sammelantrag Thüringen	143
(f) Sammelantrag Sachsen	143
(g) Sammelantrag Mecklenburg-Vorpommern	143
(h) Antrag Beihilfen, Prämien und Fördermaßnahmen Sachsen-Anhalt	143
(i) Antrag Agrarförderung Rheinland-Pfalz	144
(j) Gemeinsamer Antrag Hessen	144
(k) Fazit	145
(2) Die Einwilligung im InVeKoS und ihr Einfluss auf die Reichweite des Datenschutzes im Leistungssystem	145
(a) Umfängliche Kenntnis bei Einwilligung im Bereich des InVeKoS	145
(b) Entfallen des Eingriffs ohne Einwilligung	148
(c) Entscheidung ohne Zwang im Rahmen des InVeKoS	149
(aa) Die Diskussion zur Anwendung der Einwilligung im Bereich der Leistungsgewährung	149
(bb) Die freie Entscheidung im Bereich des InVeKoS	151
(d) Fazit	155
cc) Die parallele Anwendung von gesetzlicher Grundlage und Einwilligung	155
(1) Der Gebrauch von Einwilligung und gesetzlicher Grundlage im Rahmen des InVeKoS	156
(2) Bestimmung des Rangverhältnisses zwischen Einwilligung und gesetzlicher Grundlage durch Auslegung des Unionsrechts	157
(a) Auslegung nach dem Wortlaut	157
(b) Historische Auslegung der unionsrechtlichen Datenschutzgesetzgebung	158
(c) Auslegung nach Sinn und Zweck der datenschutzrechtlichen Einwilligung	159
(3) Fazit für den Gebrauch der Einwilligung im InVeKoS	161

E. Schlussbetrachtungen	162
-------------------------	-----

Literaturverzeichnis	165
----------------------	-----